



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 836 390

P/XV/227 - 4. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"In drei bis vier Jahren"</u> Nehru sprach vom "moralischen Imperativ des Friedens"	48
2	<u>Im Kreuzfeuer des britischen Fernsehens</u> Ein ehemaliger deutscher General und der 20. Juli	32
3 - 4	<u>Politisches Falschgeld</u> Die CDU und das Grundsatzzprogramm der SPD Von Bruno Friedrich, Bonn	80
4	<u>Rückschlag für Saar-CDU</u> Eine neue Parteigründung	24
5 - 7	<u>Wissenschaft und Entwicklungshilfe</u> Eine interessante Tagung des Weizmann-Instituts in Israel Von Inge Deutschkron	141

* * *
* * *

"In drei bis vier Jahren"

Nehru sprach vom "moralischen Imperativ des Friedens"

sp - Man sollte in der Bundesrepublik die Rede des Ministerpräsidenten Nehru auch unter anderen Gesichtspunkten genau analysieren, als unter denen der Ablehnung von Chruschtschows Forderung nach dem Rücktritt des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld. Die Bundesrepublik ist nicht Mitglied der UNO, aber jeder weiss, dass das Schicksal Deutschlands vor dem Forum der Welt jeden Tag auch dann zur Debatte steht, wenn einmal nicht von Deutschland gesprochen wird.

Nehru hat, ganz offenbar mit Unterstützung der grossen neutralen und militärblockfreien Staaten, die Forderung nach dem Zustandekommen eines neuen Gipfeltreffens gestellt. Er hat die bisherigen Abrüstungsverhandlungen in Genf keineswegs so pessimistisch beurteilt, wie es gelegentlich in der Presseberichterstattung zum Ausdruck kommt. Den Brückenschlag zwischen Eisenhower und Chruschtschow versuchte Nehru durch die Bemerkung zu schlagen, dass es in der gegenwärtigen spannungsgeladenen Weltsituation keinesfalls nur auf bilaterale Vereinbarungen zwischen der USA und der UdSSR ankomme, sondern dass auch andere Staaten in die Verhandlungen über die Milderung oder Beilegung der zahlreichen Konflikte herangezogen werden müssten. Auch Nehrus Forderung nach Aufnahme Chinas in die UNO ist beachtlich, zeigt sie doch, dass der indische Premier in dieser Frage keine Rücksicht auf die Amerikaner nimmt.

Den stärksten Eindruck hinterliess Nehru jedoch mit der Bemerkung, die Welt habe vielleicht nur noch drei bis vier Jahre Zeit, um den Ost-West-Gegensatz mit friedlichen Mitteln zu überwinden, weil neben dem moralischen Imperativ des Friedens nur zwei Möglichkeiten offenstünden: die der vollständigen Auslöschung oder die einer friedlichen Koexistenz der Nationen.

Nehru hat damit das ausgesprochen, was jeder weiss. Nachdem Frankreich die Herstellung eigener Atomwaffen ankündigte, steht dieses Thema jetzt auch in China zur Debatte. Aber nicht nur im China Mao tse Tungs, sondern auch auf Formosa, dem China Tschiang kai Scheks, werden Vorbereitungen für die Etablierung von Atomwaffen getroffen. Dass auf Kuba, also vor den Toren der Vereinigten Staaten, von sowjetischen Abschussbasen für Atomraketen die Rede ist, konnte kein Geheimnis bleiben.

Es gehört wenig Phantasie dazu sich vorzustellen, wie die Welt in drei bis vier Jahren ausssehen wird, wenn diesem Wettlauf um die atomare Bewaffnung kein Einhalt geboten wird. Die Bundesrepublik und die Sowjetzone werden schon seit langem von den "Experten" als Gebiete betrachtet, die in das atomare Rüstungedispositiv des Ost-West-Gegensatzes einbezogen sind. Welcher Staat ausserdem noch in der Lage wäre, entweder eigene Atomwaffen herzustellen oder sich Atomwaffen liefern zu lassen, ist nicht ganz sicher. In den Wandelgängen der UNO wird von 17 bis 19 solcher Staaten gesprochen ...

Vielleicht liegt im Wissen um diese Dinge und in der Tatsache, dass ein Mann wie Nehru sie jetzt offen angesprochen hat, ein Element der Hoffnung für die Überwindung des Grauens, das die Menschheit ankommen muss, wenn sie auch nur mit etwas Verstand ihre gegenwärtige Situation durchdenkt. Auch das alles sollte von der deutschen Politik in Rechnung gestellt werden!

Im Kreuzfeuer des britischen Fernsehens

sp - Ein Kreuzfeuer bohrender Fragen musste vor dem britischen Fernsehen der General a. D. Fridolin von Senger und Etterlin über sich ergehen lassen. Sie betrafen sein persönliches Verhalten während des Dritten Reiches, die Einstellung der deutschen Generalität zu Hitler und die Bewertung des 20. Juli 1944, jenes Tages, da mutige Männer den - gescheiterten - Versuch machten, durch Beseitigung Hitlers die Existenz des deutschen Volkes zu retten. Die Worte des Generals verdienen festgehalten zu werden. Er antwortete auf die Frage, ob er die Verschwörung des 20. Juli befürworte oder als Verletzung seines Soldateneides betrachte:

"Ich glaube nicht an einen Eidbruch unter den damaligen deutschen Umständen; denn ich meine, dass der Eid nicht mehr gültig war, da eine Seite zu verbrecherisch gewesen ist, um überhaupt einen Eid entgegenzunehmen. Ich befürworte daher die Verschwörung, und ich bedauere, dass sie in Deutschland heute ungenügend gewürdigt wird. Es ist die einzige Bewegung, in der Menschen wirklich ihr Leben für ihr Vaterland einsetzten, und zwar in einer Richtung, die allgemeine Anerkennung finden kann, nämlich in der Richtung der Freiheit".

Leider sind die Erkenntnisse dieses Generals nicht Allgemeingut geworden. Im befreundeten Ausland beginnt man den 20. Juli als die Tat von patriotischen Deutschen zu würdigen, die den Glauben an ein anderes, unzerstörbares Werte verpflichtetes Deutschland wieder erweckten. Bei uns aber hat es die Bundesregierung nicht einmal für nötig befunden, das Andenken der Opfer des 20. Juli durch Flaggenhissung zu ehren. Schlimmer noch: Überlebende des 20. Juli müssen um die Anerkennung ihrer Ansprüche auf eine Hinterbliebenenrente vor bundesrepublikanischen Gerichten prozessieren, wie der Fall der Witwe des hingerichteten Generalmajors Stieff es beweist. Das Bundesversorgungsamt liess dieser Witwe seinerzeit als Begründung für ihren abgelehnten Antrag den Bescheid zukommen, der in die Zeitgeschichte eingehen wird: "Bei allen Völkern und zu allen Zeiten hat der Versuch, das Staatsoberhaupt oder die militärische Führung zu beseitigen, die Todesstrafe erwirkt."

Die Witwe hat nach einem neunjährigen (!) Kampf ihre Pension doch noch erhalten. Der Mann, der ihren Gatten zum Tode verurteilen liess, hatte überhaupt keine Scherereien - er bezieht noch heute Pension ...

Der 20. Juli bleibt eine grosse in die Zukunft leuchtende Tat in der deutschen Geschichte, und es ist gut, wenn sich dazu heute Generale der früheren Wehrmacht bekennen; eine Schande aber bleibt das kleinliche, von Verständnislosigkeit zeugende Verhalten mancher bundesrepublikanischer Behörden.

Aber unabhängig davon: Etterlins Würdigung des 20. Juli vor Millionen britischer Fernsehzuschauer ist in diesen Tagen umso höher zu werten, da von vielen Seiten versucht wird, die Bundesrepublik als Nachfolger des Dritten Reiches abzustempeln.

Politisches Falschgeld

Von Bruno Friedrich, Bonn

Als die "Junge Union" in Mainz sich zu "sammeln" gedachte, wollte sie nebenbei sicher auch einige Slogans für den Wahlkampf der CDU liefern. Dabei mussten Fälschungen herangeholt werden, die nun seit der Mainzer Tagung in Wochenendreden und bei anderen Gelegenheiten aufgetaucht sind. Um den Umlauf dieses politischen Falschgeldes abzustoppen, sei hier die richtige der falschen Münze gegenübergestellt.

"Weimarer Republik? Da kann man nur sagen, das war ein Saustall!" Nicht Hitler, nicht Ulbricht: der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Bruno Heck hat das Autorenrecht für diesen Satz, gesprochen auf dem Deutschland-Tag der Jungen Union in Mainz. Wir sind bereit, zu unterstellen, dass in der Verdammung der ersten deutschen Republik der demokratische Verstand des Dr. Heck mit dem Urteil brauner und roter Diktatoren nur im Ergebnis, nicht in der Begründung übereinstimmt. Dagegen wird die demokratische Einsicht des CDU-Kulturpolitikers überschätzt, erwartet man von ihm, dass er aus der Kenntnis der Gründe des Unterganges der Weimarer Republik für sein Verhalten Konsequenzen zieht. Die Ausführungen Dr. Hecks vor der Jungen Union liessen erkennen, dass von der CDU in der Bundesrepublik vollzogen wird, was der gleiche Dr. Heck an der Weimarer Republik verdammt: die ständige Verdächtigung und Verunglimpfung demokratischer Parteien, die letzten Endes die Demokratie insgesamt schwächen, die ihr feindliche Diktatur dagegen stärken muss.

Nach wie vor bemüht sich die CDU, die Sozialdemokratie aus dem von der SPD mitgetragenen Staat hinauszudrängen. Die Mittel, mit denen die CDU dieses Ziel zu erreichen hofft, missachten die primitivsten Spielregeln einer politischen Diskussion unter demokratischen Parteien. Ein typisches Beispiel ist die Auseinandersetzung der CDU mit dem Godesberger Programm der SPD. Ein Satz im Godesberger Programm, meinte Dr. Heck in Mainz, beweise den Totalitätsanspruch der SPD. Die Schwäche des eigenen Argumentes wohl spürend, unterschob Dr. Heck dem Grundsatzprogramm der SPD den Satz: "Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur (und dieses zweite "nur" steht nicht im Grundsatzprogramm, sondern stammt von Dr. Heck) durch den Sozialismus erfüllt". Gerade der im zweiten "nur" begründete Totalitätsanspruch, dozierte Dr. Heck der Jungen Union, müsse die Demokratie zerstören. Dass es sich dabei nicht um einen zufälligen Irrtum, sondern um eine wohlüberlegte Textfälschung der CDU/CSU handeln muss, haben am 13. August 1960 die Ausführungen des Abgeordneten von Guttenberg in einer Sendung des Bayerischen Rundfunks bestätigt. Baron von Guttenberg verfälschte wie Dr. Heck den gleichen Satz des Godesberger Programms und trug mit dazu bei, diese "logische Lüge", auf der die CDU/CSU die Ablehnung des Godesberger Programms aufbaut, einigen hunderttausend Menschen der Bundesrepublik einzupflanzen.

In Mainz distanzierte vor der Jungen Union Dr. Heck den Freiheitsbegriff der CDU vom Freiheitsbegriff der Sozialdemokratie, die im Godesberger Programm aussagt, dass Freiheit und Gerechtigkeit einander bedingen, während nach Dr. Heck für die CDU Freiheit ohne Bindung an göttliche Wahrheit nicht denkbar sei. Offenbar ist sich die CDU der göttlichen Wahrheit so sicher, dass sie glaubt, sie könne in der Diskussion mit anderen Parteien auf die irdische Wahrheit verzichten. Hier vollzieht sich eine Umwertung aller Werte. Wissenschaftler, die falsch

zitieren, sind erledigt. Wissenschaftler, die Zitate fälschen, um eigene Argumente zu stützen, werden geächtet. Den Verbreiter von politischem Falschgeld erhebt die CDU zum aussenpolitischen Sprecher oder zum Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses.

Es bedarf bei der Untersuchung der Bedeutung des Satzes "Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt" nur der Überprüfung des ganzen Absatzes, um festzustellen, dass die Auslegung des Dr. Heck an den Haaren herbeigezogen ist. In diesen Absatz des Godesberger Programms wird festgestellt: "Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese missachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt". Die CDU sollte endlich auch folgende Sätze des Godesberger Programms zur Kenntnis nehmen: "Die Sozialdemokratische Partei ... steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit".

Im Grunde zeigt das Verhalten der CDU, dass es ihr bis heute nicht gelungen ist, eine politische Alternative zum Godesberger Programm der SPD zu entwickeln. Wagt sie sich an ein Programm, gerät sie wegen ihres Konservatismus in Konflikt mit der Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts; will die CDU der Struktur der heutigen Gesellschaft gerecht werden - "gerecht" im Sinne des Wortes - erwartet sie der Konflikt mit den sie tragenden Gruppen, die mehr an handfeste machtpolitische und wirtschaftliche Interessen als an die "göttliche Wahrheit" gebunden sind. Ein Delegierter der Jungen Union hat in Mainz diese Schwierigkeit gespürt, als er sagte, die Problematik für die christliche Politik sei, dass die CDU, wolle sie Mehrheit und Wahl gewinnen, sich an Menschen wenden müsse, die nicht ihre Weltanschauung mit der CDU teilen. Wenn sich aber die CDU an die pluralistische Gesellschaft wende, habe sie es schwer, ihre weltanschaulichen Ziele zu verwirklichen. Dr. Heck hat den Diskussionsbeitrag dieses Delegierten nicht beantwortet.

+ + +
Rückschlag für Saar-CDU

A.B. - Nordrheinland-Westfalens Ministerpräsident Dr. Meyers, von der CDU einst beauftragt, die "Christliche Einheit" im Saarland zwischen CDU und der CVP Johannes Hoffmanns herzustellen, wird sich demnächst wohl oder übel wieder in Richtung Saarbrücken in Bewegung setzen müssen, um die zweite "Christliche Einheit" zu inszenieren. Seine Aufgabe aber wird keinesfalls leichter als in den Jahren zwischen 1955 und 1958 sein, im Gegenteil, sie wird schwerer werden. Noch spricht niemand im Saarland von dieser "Christlichen Einheit" - es sei denn im Scherz. Noch hat Dr. Meyers auch keinen Auftrag. Aber Bundeskanzler Dr. Adenauer hat allen Grund, sich um seine Anhänger im Saarland Sorgen zu machen. Die Einigung der beiden "christlichen" Parteien im Saarland hat nämlich inzwischen dazu geführt, daß es gleich drei Parteien gibt, die für sich in Anspruch nehmen, "christliche Politik" zu machen. Während sich bereits vor einem Jahr die mit der Einigung unzufriedenen Anhänger Johannes Hoffmanns zur Saarländischen Volkspartei (SVP) zusammenschlossen und bei den letzten - jedoch nachher für ungültig erklärten - Kommunalwahlen 11 Prozent der Stimmen erobert konnten, haben sich jetzt auch die mit der Einigung unzufriedenen ehemaligen Mitglieder der CDU zusammengeschlossen. Sie haben unter der Leitung des früheren Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CDU-Saar Dr. Hubert Ney die Christliche Nationale Gemeinschaft gegründet.

Es steht zwar noch nicht fest, ob diese neue Partei bei den Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen wird, sie wird aber auf alle Fälle der CDU einige Prozent wegnehmen. Die Stimmung im Lager der Saar-CDU ist nicht gerade rosig.

Wissenschaft und Entwicklungshilfe

Von Inge Deutschkron

Vor kurzem fand im Weizmann-Institut, der wissenschaftlichen Forschungsstätte des jungen Staates Israel, eine bedeutungsvolle Konferenz statt. Wissenschaftler aus allen Teilen der Erde diskutierten 10 Tage lang, gemeinsam mit Vertretern der Entwicklungsländer, über "Die Rolle der Wissenschaft in der Förderung neuer Staaten". Es ist kein Zufall, dass der Vorschlag für eine derartige Konferenz gerade aus Israel kam. In diesem Land betreibt man den Aufbau auf präziser wissenschaftlicher Grundlage, und es ist nicht übertrieben zu sagen, dass ohne den Beitrag der Wissenschaft der Fortschritt Israels, wie wir ihn erleben, zweifelhaft gewesen wäre.

Von den insgesamt 126 Delegierten aus 41 Ländern aller Kontinente waren 54 Vertreter der neuen Staaten - Minister verschiedener Ressorts, Professoren neuer und alter Universitäten, Präsidenten und Ministerpräsidenten. Einige von ihnen traten auf dieser Konferenz das erste Mal vor die internationale Öffentlichkeit: der Präsident des Französisch-Kongo, zur Zeit der Konferenz gerade 14 Tage ein freier Staat, und der Vertreter des Belgisch-Kongo, der in bewegenden Worten um Verständnis für seinen unglücklichen Staat warb. Sie alle aber kamen nach Israel mit den unterschiedlichsten Erwartungen. Viele von ihnen waren sich bislang noch nicht darüber klar gewesen, dass auch sie an der wissenschaftlichen Forschung und der technischen Entwicklung der Welt zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Menschheit Anteil haben konnten. Auf Befragen nach seinen Erwartungen für die Konferenz antwortete ein Westafrikaner: "einer 100 Wat-Generator, denn wenn wir einen Generator haben, dann werden wir auch Licht für unsere Dörfer haben, und wenn wir Licht haben, dann werden unsere Menschen lesen lernen und etwas über Wissenschaft, Technik und Atomenergie lernen können." Es lag aber weder in der Aufgabe dieser Konferenz, noch im Bereiche des Möglichen irgendeines der Anwesenden, eine solche Forderung zu erfüllen.

Ben Gurions Vision

Kein Geringerer als Israels Premierminister Ben-Gurion trug auf der Eröffnungszeremonie der Konferenz seine Vision von ungeheuren Veränderungen für Land und Leute mit Hilfe der Wissenschaft vor und wies damit der Wissenschaft den Platz an, der ihr bislang in den jungen Staaten Asiens und Afrikas nicht eingeräumt worden war. Allein die Erkenntnis, dass ohne die Förderung und die Pflege der Wissenschaft ein junger Staat seine wahre Unabhängigkeit nie erlangen werde, mag der Konferenz ihre Berechtigung gegeben haben. Dr. Garcia von der Universität in Buenos Aires rief den Delegierten zu: "Wenn Sie keine Wissenschaftler haben, denen bekannt ist, wie die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden kann, wie die Technik auszubauen ist, dann werden Sie ewig ein Kolonialvolk bleiben, selbst wenn Sie Ihren Unabhängigkeitstag jedes Jahr aufs Neue begehen."

"Wissenschaft", klang dieses Wort nicht nach Atomenergie, die in den meisten Entwicklungsländern als eine Bedrohung des Friedens erschien, nach Sputniks, die den verhängnisvollen Zwecken dienenden Raketen den Weg gebahnt hatten? Dr. Caulker, Vize-Direktor der Furah Bay Universität in Sierra Leone, sagte es frei und offen: "Wir wollen von Euch keine Atomreaktoren, nicht die Wunder der Atomwissenschaft, Wir suchen nach Wegen, die Gesundheit unseres Volkes, das Erziehungswesen, die Landwirtschaft zu verbessern. In Sierra Leone fragt man nicht, wieviele Kinder hast Du, sondern wieviele sind am Leben geblieben?" Dr. Imoke, der Finanzminister von Ost-Nigerien; "wir wollen nichts weiter, als dass Ihr uns helft, die Werte, die in unserem Volk und in unserer Erde sind, zu fördern, damit wir einen Lebensstandard über dem Existenzminimum erreichen können."

Tsetsefliege und Sklaverei

Aber die Delegierten aus den Entwicklungsländern sollten eben aus dieser Konferenz lernen, was Wissenschaft, angewandte Wissenschaft, für sie und ihre Ziele bedeutet. Dr. Karvonen vom Arbeiter-Gesundheits-Institut in Finnland sprach von Reihenuntersuchungen, Tests, moderner Epidemiologie, Forschungsorganisationen, die seiner Meinung nach zu den Grundbedingungen gehörten, die Volksgesundheit zu erhalten und zu fördern. Professor Adler von der Universität Jerusalem ging so weit, die Sklaverei in Afrika auf die Tsetsefliege zurückzuführen. Sie, die Trägerin der Schlafkrankheit, habe, in weiten Gebieten Afrikas die Vieh- und Pferdehaltung unmöglich gemacht und die Verwendung von Menschen als Last- und Arbeitstiere hervorgebracht. Andere Wissenschaftler berichteten von ihren gegenwärtigen Aufgaben, die, würden sie gelöst, zu grossen Hoffnungen berechtigten. Die Entsalzung des Meerwassers, ist nach Ansicht Dr. Chaim Pekeris vom Weizmann-Institut nicht mehr so fern: sie würde für die Wirtschaft der Welt ungeahnte Möglichkeiten erschließen. Er empfahl, dass man bei dieser Forschungsarbeit zu den gleichen Anstrengungen bereit sein sollte wie auf dem Gebiet der Atomenergie. "Glauben Sie noch niemanden, der behauptet, er könne Regen machen", warnte Dr. Bowen von der Australischen wissenschaftlichen Forschungsorganisation und gab doch einige Erfolge auf diesem Gebiet zu. Die Energie der Sonne zu nutzen versteht Israel bereits, wie die Heisswasseranlagen auf den Dächern der Häuser im Lande bestätigen. Dr. Tabor vom Physikalischen Laboratorium in Israel sagte voraus, dass in Zukunft die Sonnenenergie noch viel stärker ausgebeutet werden könnte.

... kein Zauberstab

Die Aufmerksamkeit der afrikanischen und asiatischen Staatsmänner stieg, denn die angeschnittenen Themen waren zweifellos lebenswichtig für sie. Doch Professor Blackett, vom Imperial College für Wissenschaft und Technik, London, warnte: "Die Wissenschaft ist kein Zauberstab, mit dem man es über Nacht zu Reichtum bringen kann. Die Entwicklungsländer müssten arbeiten, sie müssten von den augenblicklich zur Verfügung stehenden technischen Methoden und den Errungen-

schaften der angewandten Wissenschaft den Nutzen ziehen und nicht nach dem neuesten Stand forschen. Sie müssten lernen. Und wieder stand man vor einem neuen, vielleicht dem allerwichtigsten Problem: lernen, ja, aber wie? Man sollte und könnte keine neuen Universitäten aufbauen, wenn man nicht die Menschen hätte, sie zu leiten. Man müsste alles tun - und dies wurde zu einem weiteren wichtigen Ergebnis der Konferenz in Israel -, um nach dem Rezept des Professor Arthur Lewis aus Kingston (Jamaica) den zweiten Bildungsweg zu fördern, ja, ihm gar den Vorrang vor der Grundschulbildung einzuräumen. Denn was nützte allein die Kenntnisse des Lesens und des Schreibens, wenn man nicht in der Lage ist, die Maschine in Gang zu halten, die Verwaltungsarbeiten zu leisten, die Bücher zu führen.

Professor Zacharias vom Institut für Technologie in Massachusetts gab Hinweise für eine billige und simple Lehrmethode auf dem Gebiet der Physik, die in ähnlicher Weise mit Wahrscheinlichkeit auch auf andere Gebiete anzuwenden war. Seine Bereitschaft, das mit dieser Methode vertraute Personal in Entwicklungsländer zu entsenden, wurde zum dramatischen Höhepunkt, als der Minister für Erziehung und Unterricht aus Singapore aufsprang, um auf der Stelle um die Entsendung einer solchen Delegation nach Singapore zu bitten.

Im gleichen Masse als ein Erfolg dieser Konferenz zu werten ist der vom stellvertretenden Direktor für Erziehung in Togo eingebrachte Vorschlag Laboratorien und Forschungszentren von einigen Ländern in Gemeinschaft aufzubauen, da ein Land allein eine solche Aufgabe nicht zu bewältigen in der Lage sein dürfte. Die Frage des nationalen Prestiges, das so oft in jungen Staaten bei Entscheidungen den Ausschlag gibt, ist hier ganz eindeutig der Zweckmäßigkeit gewichen.

Hunger und Demokratie

Die Arbeit der Konferenz, die in ihrer Vielfältigkeit kaum zu bewältigen war, wird nicht vergebens gewesen sein. Ein Ausschuss, dem Wissenschaftler und Vertreter der Entwicklungsländer angehören werden, wird darüber wachen, dass sie fortgeführt und verbessert wird - dies besonders im Falle von Spezialthemen und in einer in etwa zwei Jahren durchzuführenden Konferenz dieser Art.

Eine Frage jedoch liess die Konferenz unbeantwortet. Der Ministerpräsident von Nepal hat sie gestellt: "Wie kann der Hunger mit Hilfe von demokratischen Mitteln besiegt werden?" Die Wissenschaftler sahen die Probleme dieser jungen Staaten allein als Fragen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Das politische Element blieb fast unbeachtet. Und damit machte die Konferenz ihre Rechnung gewissermaßen ohne den Wirt. Es sollte Aufgabe der nächsten Konferenz sein, die Erziehung und Schulung zur Politik und vor allem zur Demokratie an die oberste Stelle der Tagesordnung zu setzen. Auch dies ist eine wissenschaftliche Frage, deren Lösung wir gleichfalls in Gemeinschaft mit den Vertretern der Entwicklungsländer anstreben könnten. Wie dem auch sei, das Weizmann-Institut in Israel hat eine sehr entscheidende Begegnung herbeigeführt, die der Hilfe für Entwicklungsländer einen neuen Weg weist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel